

ES GEHT UM DIE ZUKUNFT DER ARBEITSWELT



Liebe Leserinnen und Leser!

Streik – das war das Schlagwort der letzten Wochen. Vielleicht haben auch Sie gestreikt oder waren von den Auswirkungen der Arbeitskämpfe betroffen. Was die Streiks unmissverständlich zeigen, sind die zunehmenden sozialen Spannungen in Folge steigender Preise und die Sorgen vieler Beschäftigter, ihren Lebensunterhalt nicht mehr bestreiten zu können. Unsicherheit macht sich breit und die Debatte um das Streikrecht hat an Schärfe zugenommen.

Darf man in Zeiten sinkender Konjunkturerwartung noch streiken? Sind die Forderungen nach gerechten Löhnen, fairen Arbeitsbedingungen und angemessenen Erholungszeiten nicht überzogen? Wir sagen: nein, das sind sie nicht. Wir als SPD Treptow-Köpenick stehen an der Seite der Streikenden.

Gerade in Zeiten der sich verändernden Wirtschafts- und Arbeitswelt dürfen die Lasten nicht einseitig auf den Beschäftigten abgeladen werden. Vielmehr müssen wir jetzt über die Zukunft unserer Arbeitswelt nachdenken.

Teilen Sie diese Haltung? Wir freuen uns auf Ihre Meinung und wünschen Ihnen nun viel Spaß mit der neusten Ausgabe des Spreekuriers.

Ihre SPD Treptow-Köpenick

Ellen Hausdörfer &
Christopher Jäschke
Kreisvorsitzende

Sterne über Treptow-Köpenick

Europa sollte uns nahe bleiben

Von Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
Treptow-Köpenick

Wenn an öffentlichen Gebäuden die Europaflagge mit den zwölf goldenen Sternen auf blauem Grund weht, fragen sich viele, wie nah uns Europa ist. Die Sterne symbolisieren Einheit, Solidarität und Harmonie zwischen den Völkern. Diese Symbolik ist aber keine Zustandsbeschreibung, sondern ein Auftrag, eine Aufgabe für uns alle. Und dabei kennen wir alle die Debatten, ja Streitigkeiten zwischen den Ländern in Europa. Doch darauf gibt es eine Antwort: Europa.

Symbolisch, aber auch ganz praktisch ist uns Europa in Treptow-Köpenick nahe. Symbolisch, da die Sterne im Wappen unseres Bezirks eine zentrale Bedeutung haben: bei uns sind es sieben Sterne für das Siebengestirn, welches als Schutzmacht für die Fischer dient. Sie bieten also Orientierung und stehen für wirtschaftlichen Erfolg und Wohlstand. Da sind wir wieder Europa nahe. Der gemeinsame Wirtschaftsraum bietet unendliche Vorteile, von denen wir in Treptow-Köpenick seit Jahrzehnten profitieren. Wir sehen die Belastungen, die Großbritannien mit dem Brexit erlitten hat und erleidet und können froh darüber sein, dass wir die Vorteile eines einfachen europäischen Austausches auf allen Ebenen genießen dürfen.

Alltägliches Beispiel dafür ist einer der größten Wissenschafts- und Wirtschaftszentren Europas – die Wista in Adlershof. Die Technologie- und Gründerzentren sind mit europäischen Mitteln errichtet worden und haben die Initialzün-

derung gegeben: Jeder dort entstandene Arbeitsplatz hat mindestens einen weiteren geschaffen. Der Gründer- und Unternehmergeist, der dort herrscht, ist ein internationaler. Er lebt von einem einfachen Austausch, der grenzüberschreitend stattfindet. Diese Überschreitung der Grenzen ist natürlich beidseitig gemeint – sie ist unsere Chance, im europäischen Ausland zu lernen, zu studieren, zu forschen, zu arbeiten – und ja auch einfach zu bezahlen und Urlaub zu machen. Gerade für die jüngere Generation ist ein Europa des Friedens eine große Zukunftschance.

Das ist auch einer der Gründe dafür, dass sich Treptow-Köpenick aktiv in unsere europäischen Städtepartnerschaften einbringt. Die Partnerstädte in einer Reihe europäischer Regionen sollen den Austausch der Menschen fördern – im Sport, in der Jugendarbeit, in der Kultur und weiteren Bereichen – und dabei die Grundlage dafür legen, dass wir weltoffen bleiben, Chancen erkennen und ergreifen. Selbstverständlich dürfen wir

nicht verschweigen, dass Europa einige Hürden zu bewältigen hat: ungleiche wirtschaftliche Entwicklung einiger Länder, Flüchtlingsbewegung, politische Krisen und Klimaveränderung. Das sorgt für Verunsicherung, auch Zweifel und Kritik. Es hat dazu geführt, dass in einigen Ländern nationalistische und populistische Bewegungen emporkommen. Die Frage allerdings, ob es einem Land ohne EU-Anschluss tatsächlich besser ginge, ob Wirtschaft und Gesellschaft besser dastünden – diese Frage wird niemand ehrlich mit einem Ja beantworten können. Europa kann und wird unsere Wirtschaft weiter stabilisieren.

Dabei ist unser Staatenbund aber mehr als eine Institution, die Fördermittel verteilt – sie ist eine Organisation, die gemeinsame Werte bildet und verteidigt – Werte, nach denen wir uns alle sehnen: Frieden, Demokratie, Menschenrechte, ein starker Sozialstaat. Diese Werte zu stärken, ist aber nicht alleinige Aufgabe von Politik – sie kann nur mit den Bürgerinnen und Bürgern der Europäischen

Union gelingen. Dabei ist die Teilnahme an der Europawahl durch uns nur ein Schritt – wir unterstreichen an diesem Tag das Bekenntnis zu unseren Werten. In einem zweiten Schritt müssen wir es selbst mit Leben erfüllen. Das können wir tun, indem wir unsere Kinder unterstützen, dass sie europäische Staatsbürger werden, die keine Berührungsängste zu unseren Nachbarn haben, sondern die Chancen des Austausches und damit der Bildung nutzen. Sprachkompetenz und das Verständnis für europäische Kulturen ist der Ansatz, um Kreativität und damit Fortschritt zu fördern – die Grundlage dafür, dass unser Land und Europa insgesamt wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Die demografische Entwicklung in Deutschland macht es notwendig, ja zwingend, dass wir uns öffnen. Diese Öffnung heißt einerseits, selbst Chancen im Ausland zu nutzen, aber auch anderen die Möglichkeit zu geben, uns hier zu unterstützen, damit wir uns weiterentwickeln können.

Unter dem Siebengestirn fahren heute nur noch wenige Berufsfischer in unserem Bezirk. Nicht weit entfernt vom Fischer am Müggelsee befindet sich ein internationales Forschungsinstitut, welches nicht nur EU-Projekte durchführt, sondern in seiner Grundlagenforschung konkrete Hinweise für künftige Nahrungsmittelproduktionen im Zeichen der klimatischen und ökologischen Entwicklung gibt. Hier kommen Wissenschaftler aus Europa und darüber hinaus zusammen und produzieren Ergebnisse, die unter anderem die Fischzucht zukunftsfähig macht – ganz im Sinne der jahrtausendalten Tradition der Fischerei, die seit jeher grenzüberschreitend war. Wasser kennt keine Grenzen.

GABY BISCHOFF
BERLINS STÄRKSTE STIMME FÜR EUROPA
Für ein demokratisches und friedliches Europa. **SPD**



Im Netz:
<https://www.spd-treptow-koepenick.de>

Per E-Mail:
kreis.treptow-koepenick@spd.de

Vor Ort:
SPD Treptow Köpenick
Bürgerbüro · Grünauer Str. 14
12557 Berlin

DIE SCHIENEN-TVO KOMMT

Der Senat von Berlin bringt die Schienen-Tangential-Verbindung-Ost auf den Weg. Von Grünau mit der S-Bahn nach Springpfuhl – das ist ein Vorhaben, das schon seit Jahrzehnten im Raum schwebt. Die Verbindung wird von vielen Menschen in Treptow-Köpenick gewünscht, da sie sich davon eine deutliche bessere Anbindung des Berliner Süd-Ostens versprechen.

Nun hat der Senat den Start der Schienen-Tangential-Verbindung-Ost beschlossen und damit eine entscheidende Wegmarke für den Bau dieser attraktiven Verbindung gesetzt. Im nächsten Schritt wird nun eine Kosten-Nutzen-Rechnung auf den Weg gebracht werden, bei der die Fahrgastströme die entscheidende Rolle spielen.

Für Treptow-Köpenick wäre es die dritte S-Bahn-Tangente, die den Bezirk optimal an den Osten anbinden und viele Wege deutlich verkürzen wird. Bevor es losgehen kann, wird es allerdings noch einige Planungszeit brauchen. Die Bahn rechnet mit einem Realisierungszeitraum von gut 20 Jahren.

Diese Zeitspanne kann uns nicht erschüttern, denn die guten Aussichten für die Menschen in unserem Bezirk Treptow-Köpenick überwiegen. Wir werden die Entwicklung weiter intensiv verfolgen. LD

Psychiatrie im KH Hedwigshöhe retten

Von Alexander Freier-Winterwerb
Mitglied des Abgeordnetenhauses
für den Wahlkreis 1 Treptow-Köpenick

In unserer Gesellschaft gibt es Themen, die oft durch das Schweigen verborgen bleiben – die psychische Gesundheit ist eines davon. Doch Schweigen sollte nicht mit Unwichtigkeit verwechselt werden. Im Gegenteil, psychische Gesundheit ist ein zentraler Bestandteil unseres individuellen wie gesellschaftlichen Wohlbefindens.

Wir hatten die Möglichkeit, einen Tag in der Psychiatrie zu hospitieren und konnten dabei aus erster Hand erleben, wie wichtig diese Einrichtungen sind. Das Krankenhaus Hedwigshöhe bietet eine lebenswichtige Versorgung für Menschen mit seelischen Erkrankungen. Die Fachleute arbeiten dort mit höchster Professionalität und erzielen große Erfolge bei der Behandlung ihrer Patientinnen und Patienten.

Die psychiatrischen Stationen stehen trotz ihrer wichtigen Arbeit vor einer großen Herausforderung: Die Gebäudesubstanz ist unrettbar beschädigt. Wasser dringt von allen Seiten in das Mauerwerk ein, Metall rostet, und der Beton ist porös. Dieser fortschreitende Betonkrebs bedroht die Existenz der Psychiatrie. Es ist wichtig, schnell zu handeln, um sicherzustellen,



Alexander Freier-Winterwerb

Foto: Privat

dass diese lebensrettende Einrichtung weiterhin ihre Türen offenhalten kann.

Ein Neubau ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass die psychische Gesundheit unserer Gemeinschaft angemessen unterstützt wird. Die Kosten eines solchen Neubaus werden auf 75 Millionen Euro veranschlagt, eine beträchtliche Summe. Doch die Alternativen sind noch teurer – sowohl finanziell als auch menschlich.

Die Schließung der Psychiatrie könnte zu einer Lücke in der Ver-

sorgung psychisch kranker Menschen führen und erhebliche finanzielle Belastungen verursachen. Es ist zu bedenken, dass langfristig die Kosten für die Behandlung von psychischen Erkrankungen außerhalb einer spezialisierten Einrichtung viel höher sein könnten. Darüber hinaus sind auch die immateriellen Kosten für die betroffenen Menschen und ihre Familien zu berücksichtigen.

Es ist von Bedeutung, dass alle Beteiligten gemeinsam eine Lösung finden, denn es sollte sicher-

gestellt werden, dass Menschen mit psychischen Erkrankungen in unserer Gesellschaft eine angemessene und sichere Unterstützung erhalten. Marode Gebäude dürfen da nicht zum Hindernis werden, denn die Psychiatrie stellt einen unverzichtbaren Bestandteil unseres Gesundheitssystems dar. Ein Neubau kann als Investition in die physische Infrastruktur sowie in das Wohlergehen und die Zukunft unserer Gemeinschaft betrachtet werden.

Wind im Wald, Sonne auf dem Dach, Wärme im Rohr

Einblicke in die wichtige Energiewende – und was die SPD dafür tut

Die Klimakrise werden wir an der Spree nicht allein lösen. Dazu brauchen wir ein starkes Europa. Aber auch vor Ort können wir Beiträge für die Zukunft leisten.

Für voraussichtlich 1,3 Mrd. Euro wird der Senat als einziger Bieter das Fernwärmenetz von Vattenfall übernehmen. Das ist aus verschiedenen Gründen clever: Kritische Infrastruktur gehört damit allen und die so wichtige Erfüllung der Klimaziele muss nicht auch noch Rendite liefern – also eine zutiefst soziale Entscheidung.

Im April stellte die SPD-geführte Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe ihr neues

Konzept für Ladesäulen vor. Ziel ist, dass sich die zu beschleunigende Prozesse mehr am Nutzer sowie Bedarf orientieren und Berlin auf seinen landeseigenen Flächen eine Vorreiterrolle einnimmt. Ich finde, dass wir gerade in den Außenbezirken aktiv werden müssen – hier hat der öffentliche Nahverkehr noch Lücken.

Der Zubau mit Solaranlagen beschleunigt sich. Der Berliner Masterplan Solarcity gibt vor, bis 2025 25 Prozent der Energie durch die Sonne zu erzeugen. Für 2023 belegt Berlin im Ländervergleich einen Spitzenplatz. In diesem Jahr wird z. B. die Messe ausgerüstet. Senato-

rin Franziska Giffey (SPD) findet das ermutigend. Ich habe mir zuletzt die Fortschritte auf dem Dach des Kino Union in Friedrichshagen präsentieren lassen. So geht Zukunft!

Bei der Windkraft wurden zuletzt Potenzialflächen an den Senat gemeldet. Klar ist, wir alle müssen einen Beitrag leisten – „nicht vor meiner Haustür“ kann ich nicht akzeptieren. Eine Begehung vor Ort in der Krummerdammer Heide habe ich gemacht und bin im Austausch mit den Berliner Forsten. Diese Flächen sind unser Naherholungsgebiet und unsere „Grüne Lunge“. Hier bin ich Einzel-

anlagen gegenüber sehr skeptisch. Auch im Ausschuss im Abgeordnetenhaus stehe ich dafür, Arten- und Naturschutz zu berücksichtigen.

Der Weg zum klimaneutralen Berlin ist also ein Marathon und kein Sprint. Aber die Richtung stimmt. Daran Anteil hat neben sozialer Politik in Berlin auch Europa. National schaffen wir das nicht – als Europa zusammen aber schon! Daher: Anfang Juni das Kreuz bei europafreundlichen Demokraten machen!

Dunja Wolff

Mitglied des Abgeordnetenhauses

IMPRESSUM

Spreekurier

Zeitung der Sozialdemokratischen Partei
in Treptow-Köpenick

SPD Treptow-Köpenick
Kreisvorsitzende Ellen Haußdörfer
und Christopher Jäschke (V.i.S.d.P.)
Grünauer Str. 14, 12557 Berlin

kreis.treptow-koepenick@spd.de
www.spd-treptow-koepenick.de

SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick
Fraktionsvorsitzende
Irina Vogel & Paul Bahlmann (V.i.S.d.P.)
Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Redaktion: Dr. Ursula Walker, Martin Sprenger

Beiträge von: Ellen Haußdörfer, Christopher Jäschke, Oliver Igel (OI), Lars Düsterhöft (LD), Alexander Freier-Winterwerb (AF), Dunja Wolff (DW), Irina Vogt, Paul Bahlmann, Grit Rohde, Peter Groos, Manuel Tyx (MT), Rainer Hölmer, Ana-Maria Trásnea (AT), Josefine Brandt

Grafik: SPD Berlin/Hans Kegel
Druck: zeitungsdruk.de

Konsum mit Hürden

Cannabis-Legalisierung in Deutschland

Heiß diskutiert ist das Cannabis-Gesetz, das mit Inkraftsetzung am 1. April rechtsverbindlich regelt, dass der Anbau und Besitz bestimmter Mengen von Cannabis nicht mehr strafrechtlich verfolgt wird. Cannabis gehört zu den mit Abstand am häufigsten konsumierten psychoaktiven Substanzen in Deutschland.

54 % der Berlinerinnen und Berliner im Alter von 15 bis 64 Jahren haben laut dem Epidemiologischen Suchtsurvey 2021 schon mindestens einmal Cannabis konsumiert. 46 % geben an, Cannabis unregelmäßig zu konsumieren, 8 % konsumieren regelmäßig. Der höchste Anteil der Konsumierenden findet

sich in der Altersgruppe der 25- bis 39-Jährigen: Zwei Drittel berichten von Erfahrungen mit Cannabis – also ein alltägliches Thema der Suchtprävention in Berlin.

Neben stetig wachsendem Cannabis-Konsum steigt auch die damit verbundene Kriminalität. 2021 wurden über 8.000 allgemeine Verstöße mit Cannabis und über 1.700 Fälle von unerlaubtem Handel und Schmuggel polizeilich registriert. Auf dem Schwarzmarkt wird zum Teil gesundheitsschädlich verunreinigtes Cannabis mit problematischem hohem THC-Konzentrationen angeboten.

Ziele des Cannabisgesetzes sind, die Qualität von Cannabis zu kon-



Anbau und Besitz von Cannabis sind seit 1. April in Deutschland für Erwachsene unter bestimmten Vorgaben legal.

Foto: Adobe Stock/MaxStock

trollieren, den Gesundheitsschutz zu sichern, die Weitergabe von verunreinigtem Cannabis zu verhindern, den Schwarzmarkt auszutrocknen und effektive Maßnahmen zum Kinder- und Jugendschutz zu ergreifen. Dafür wurden sogenannte Konsumverbotszonen an Orten eingerichtet, an denen sich Kinder und Jugendliche regelmäßig aufhalten. In Berlin wird es deutlich mehr Verbotszonen geben als Orte, an denen konsumiert werden darf. Wichtig ist, dass mit der geplanten Evaluation und daraus gewonnener Erkenntnisse der Jugend- und Gesundheitsschutz noch weiter ausgebaut wird.

Ellen Haußdörfer

Gute Gesundheitsversorgung in jedem Alter!

Wir stellen uns im Berliner Südosten gut und zukunfts fest auf

Von Ellen Haußdörfer
Kreisvorsitzende der SPD TK

Mit knapp 295.000 Einwohnern gehört Treptow-Köpenick zu den wachsenden Bezirken. Neben Bildung und Wohnraumangeboten steht damit auch die gesundheitliche Versorgung vor großen Herausforderungen: eine wachsende Anzahl von Patientinnen und Patienten mit vielfältigen gesundheitlichen und pflegerischen Anforderungen, die Fachkräfteproblematik in Gesundheits- und Pflegeberufen, die wirtschaftliche Situation der Krankenhäuser (Inflation, gestiegene Energie- und Baukosten, Fachkräftemangel etc.).

DIE REFORMEN DES BUNDES UND IHRE BEZIRKLICHEN AUSWIRKUNGEN

Mit der Einigung zur Krankenhausreform auf Bundesebene ist der Weg frei für eine Versorgung, die eine qualitativ bessere Medizin für alle Patientinnen und Patienten ermöglicht. Eine Neuaufstellung der Krankenhausstrukturen und ihre Finanzierung sind zwingend nötig. Ziel ist es, den Krankenhäusern Pauschalen für die Vorhaltung einer guten Versor-



Die medizinische wie pflegerische Versorgung wird zunehmend zu einer Herausforderung

Foto: AdobeStock/Wictr

gung zu geben, denn das System der bisherigen Fallpauschalen hat sie zu starken ökonomischen Zwängen ausgesetzt. Berlin sollte als Ballungsraum mit einer im Bundesvergleich hohen Dichte an Klinikstandorten bei guter Erreichbarkeit, die Konzentration von medizinischen Leistungen weiter vorantreiben.

Das bedeutet aber auch, dass den Krankenhäusern finanzielle Spielräume eröffnet werden, so Unterstützung beim Erhalt der bisherigen Spezialisierung insbesondere beim Personal und Investitionen in die Klinikbauten und Medizintechnik, damit Qualitätsanforderungen je Leistungsgruppe auch

standortbezogen erfüllt werden können.

ZIELGERECHTETE STEUERUNG VON PATIENTEN

Neben der Krankenhausreform ist eine Reform der Notfallversorgung sehr wichtig, etwa eine bessere Erreichbarkeit von Ärzten außerhalb der Sprechzeiten, konkrete Vorgaben für telemedizinische Angebote und Hausbesuche sowie eine engere Kooperation von ärztlichem Bereitschaftsdienst und Krankenhäusern, damit die Notaufnahmen entlastet werden.

In Treptow-Köpenick gestaltet sich die ambulante Versorgung oft schwierig: Viele Patientinnen und

Patienten finden keinen Haus- oder Facharzt. Sie suchen daher mit leichteren, akuten Beschwerden die Zentrale Notaufnahme der DRK Kliniken Berlin Köpenick auf. Mit dem Modellprojekt DispoAkut sollen nun neue Wege der Versorgung gemeinsam mit der Kassensärztlichen Vereinigung Berlin und dem Zentralinstitut für Kassensärztliche Versorgung besprochen werden.

Dafür wird Patienten mit leichteren Symptomen eine Behandlung am gleichen Tag in einer der Arztpraxen auf dem Gelände der DRK Kliniken Berlin Köpenick angeboten, sofern möglich. Bevor sie ein entsprechendes Angebot in der

Rettungsstelle erhalten, wird durch medizinisch speziell ausgebildetes Fachpersonal doppelt geprüft, ob die Patienten für eine Behandlung außerhalb des Krankenhauses infrage kommen.

NEUE VERSORGUNGSMODELLE IN TREPTOW-KÖPENICK

Ein weiterer wesentlicher Baustein der Krankenhausreform ist die Stärkung der sektorenübergreifenden Versorgung. Ambulante und stationäre Leistungen sollen im Sinne einer besseren Vor-Ort-Versorgung intensiver miteinander verknüpft werden. So beispielsweise durch GE.SELLE (Gesund.SELbstbestimmt.LEben), das Menschen erreichen will, die bislang (noch) nicht hinreichend an Angeboten der Prävention und Gesundheitsförderung partizipieren: etwa Menschen mit psychischer Erkrankung, mit Suchterkrankungen oder bei Wohnungslosigkeit. Hier erfahren sie durch verschiedenste Angebote vielfältige Anregungen einer gesunden Lebensführung. Die Umsetzung erfolgt über eine Kooperation zwischen der Techniker Krankenkasse, dem Zentrum für Familiengesundheit am Alexianer Krankenhaus Hedwigshöhe (KHH) und der Qualitätsentwicklungs-, Planungs- und Koordinierungsstelle (QPK) des öffentlichen Gesundheitsdienstes im Bezirksamt. Es geht also voran.

Nicht unter die Erde kommen – zu Erde werden

Die SPD möchte das Bestattungsrecht reformieren

Von Lars Düsterhöft
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Feuer- oder Erdbestattung? Friedhof, Friedwald oder See? Das Bestattungsrecht regelt, welche Bestattungsformen erlaubt sind. Ein neue Bestattungsform hat in den letzten Monaten für Aufmerksamkeit gesorgt. Die SPD-Fraktion möchte dafür sorgen, dass sie in Berlin zugelassen wird.

Eigentlich ist die „Reerdigung“ schnell erklärt: Die Verwesung des Leichnams findet nicht über viele Jahre in der Erde statt. Stattdessen

geschieht dies in einem speziellen Behälter, dem sogenannten Kokon. Und das innerhalb von gerade einmal 40 Tagen. Wie ist das möglich? Eigentlich geht es um die natürlichste Form der Bestattung. Denn wenn ein Lebewesen in der freien Natur verstirbt, bleibt es auf der Oberfläche liegen und verwest innerhalb kürzester Zeit. Im Kokon findet dieser natürliche Prozess unter optimalen Bedingungen statt. Neben dem Leichnam wird lediglich ein Gemisch aus Heu, Stroh und Blüten in den Kokon gelegt. In den folgenden 40 Tagen bleibt der Kokon verschlossen. Nach dieser Zeit ist Erde entstan-



Lars Düsterhöft ist seit September 2016 Abgeordneter für Oberschöneweide, Niederschöneweide und Johannisthal.

Foto: Privat

den. Neben der Erde bleiben nur die Knochen übrig, welche – wie bei einer Feuerbestattung – zerkleinert werden und der Erde hinzugefügt werden. Bei der Beerdigung wird dann diese Erde zu Grabe getragen.

Diese Bestattungsform wird beispielsweise in den USA seit Jahren praktiziert. In Schleswig-Holstein ist eine Erprobung gestattet. Und genau dies will auch die SPD-Fraktion. Deshalb setzt sie sich für eine Änderung des Berliner Bestattungsrechtes mit dem Ziel ein, diese Erprobung zu erlauben und wissenschaftlich begleiten zu können.

POLITISCHE BILDUNG

Perspektivwechsel für Demokratie

Das Projekt „Perspektivwechsel“ ist eine Veranstaltungsreihe des Abgeordnetenhauses von Berlin an Schulen.

Ich war am Emmy-Noether-Gymnasium in Köpenick und habe mit Schülerinnen und Schülern über die Bedeutung von Demokratie, über Baustellen, Flächenversiegelung und Sportanlagen diskutiert. Durch einen Vertreter der AfD entbrannte eine weitere heiße Diskussion – über die AfD selbst.

Klar zu erkennen ist: Die Demokratie und ihre Werte sind tatsächlich alternativlos. Dazu gehören Dialog und Diskussion. Die Auswertung dieses Perspektivwechsels hat ergeben: Zwei Drittel ga-

ben an, neue Einsichten gewonnen zu haben. Und über drei Viertel hatten Spaß und fühlten sich zur weiteren Beschäftigung mit Politik ermutigt. Das werde ich als gute Zeichen!

Für fortsetzende Gespräche bin ich jederzeit bereit. Denn: Demokratie muss nicht nur an der Wahlurne, sondern vor allem im Alltag verteidigt werden. Und dazu gehört auch, Probleme anzuhören und deren Lösung anzugehen. Im Fall des Emmy-Noether-Gymnasiums heißt das: Aula und Mensa sind zu klein. Ein Sportplatz in der Gegend reicht genauso wenig, wie nur eine Stunde Schwimmunterricht. Ich bleibe dran! Dunja Wolff



Dunja Wolff, MdB (r.), im Gespräch mit Schüler*innen des Emmy-Noether-Gymnasiums in Köpenick

Foto: DW

GÖRLITZER PARK & SCHLESISCHER BUSCH

Lösungen gesucht

Die Situation rund um den Görlitzer Park beschäftigt die Menschen. Sie wünschen sich, dass die negativen Effekte des Drogenkonsums abgemildert werden. Es geht darum, präventiv zu wirken, also suchtgefährdete Jugendliche vom Drogenkonsum abzuhalten. Der Görlitzer Park wie auch der Schlesische Busch sollen wieder zu Orten werden, an dem die Menschen sich wohl und sicher fühlen.

Der Treptower Abgeordnete Alexander Freier-Winterwerb hat im Rahmen seiner Stadtteilwoche dazu mit Akteuren vor Ort und mit der Polizei gesprochen. Uns ist wichtig, dass die Berliner Polizei in

den betroffenen Kiezen präsent ist. Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass es schwer drogenabhängige Menschen gibt, die auf unsere Hilfe angewiesen sind. Deshalb wird das Land Berlin bald eine ganzjährig geöffnete Obdachlosenunterkunft für psychisch kranke, drogenabhängige Obdachlose eröffnen, auch um der Verelendung entgegenzuwirken.

Gleichzeitig wollen wir den Gesprächsfaden mit der Nachbarschaft nicht abreißen lassen. Lassen Sie uns deshalb bitte wissen, wie Sie die Lage rund um den Görlitzer Park einschätzen und welchen Lösungsweg Sie sich wünschen. AF

Eine Gesellschaft des Respekts beginnt beim Geld

Warum sozial gerechte Umverteilung keine Utopie ist, sondern eine Notwendigkeit

Von Ana-Maria Trăsnea

Die multiplen Krisen der vergangenen Jahre haben wie unter einem Brennglas die aufklaffende soziale Ungerechtigkeit ans Licht gebracht, und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit.

Die Antwort von Konservativen, Liberalen und rechtsradikalen Parteien auf diese Krisen und knapper werdende Ressourcen ist neoliberale Politik und das bedeutet weniger Arbeiter:innenschutz, kein armutsfester Mindestlohn, Steuererleichterungen für ohnehin Wohlhabende und Superreiche, zusätzliche Belastungen für die arbeitende Mitte, höheres Renteneintrittsalter und Abbau der sozialen Infrastruktur. Der Kapitalmarkt solle Wohlstand gerecht verteilen, der Staat müsse seine Ausgaben für soziale Sicherung für Kinder, Jugendliche, Familien und ältere Menschen drastisch kürzen und Alleinerziehende müssten endlich zur „ehrlichen“ Arbeit animiert werden. Dies alles müsse zur Einhaltung der Schuldenbremse und der Sicherstellung des Wohlstandes in Deutschland geschehen. Ferner reden jene Kräfte Deutschland und seinen Wirtschaftserfolg



Seit Mitte Mai 2023 war Ana-Maria Trăsnea Mitglied des Deutschen Bundestages für Treptow-Köpenick und dort u.a. im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aktiv. Bei der Wiederholungswahl am 11. Februar 2024 konnte sie aufgrund der geringen Wahlbeteiligung ihr Mandat nicht behaupten.

Foto: AF

als drittgrößte Industrienation schlecht.

Doch eine Vergrößerung der Schere zwischen Arm und Reich kann aus unserer Sicht keine Antwort auf die gegenwärtigen Krisen und bestehenden strukturellen Ungerechtigkeiten sein. Genau das wäre aber die Folge einer solchen neoliberalen Politik. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigt eindeutig: Einkommen und Vermögen in Deutschland sind ungleich verteilt. Die

obere Hälfte der Haushalte verfügt über 70 Prozent aller Einkommen, die untere Hälfte über 30 Prozent. Beim Vermögen ist die Ungleichheit noch gravierender: Haushalte in der oberen Hälfte der Vermögensverteilung besitzen etwa 97,5 Prozent des Gesamtvermögens. Die reichsten 0,1 Prozent besitzen allein knapp 13 Prozent.

Die Krisen haben nicht etwas Neues erschaffen, sondern sie zeigen die Dringlichkeit, mit der wir uns weiter beharrlich um eine so-

zial gerechte Umverteilung bemühen müssen. Dafür brauchen wir einen starken Staat statt wilden Kapitalismus. Wir müssen jene mit sehr hohem Vermögen stärker besteuern, damit sie sich fair an unserem Gemeinwesen beteiligen. Gewinne, die in Deutschland erwirtschaftet werden, müssen den Menschen hier zugutekommen. Wir können uns keine Steuerlücken mehr leisten. Starke Schultern müssen mehr als schwache tragen und alle müssen ihren steu-

erlichen Pflichten nachkommen. Deshalb muss die Vermögenssteuer wieder eingeführt werden. Mit einem maßvollen Steuersatz würden dadurch keine Arbeitsplätze gefährdet, sondern tatsächlich gerechtere Bedingungen für alle geschaffen werden. Wir brauchen eine Reform der Einkommenssteuer, wodurch kleine und mittlere Einkommen bessergestellt und dafür die oberen fünf Prozent mit den höchsten Einkommen stärker herangezogen werden. Wir brauchen eine gerechte Erbschaftsteuer, die vermögende Unternehmenserben nicht mehr bevorzugt. Initiativen wie #taxenow fordern eine solche Mindestbesteuerung.

Für eine Gesellschaft des Respekts gehört außerdem dazu, dass Menschen sich darauf verlassen können, dass sie die Regelaltersgrenze gesund und leistungsfähig erreichen können. Mit einem SPD-Kanzler wird es weder eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters geben noch eine Senkung des Rentenniveaus. Mit einem SPD-Kanzler behalten wir einen klaren Kurs: Wir haben kein Schuldenproblem, sondern ein Wachstums- und Investitionsproblem. Wer Deutschlands Wohlstand sichern will, muss die Schuldenbremse reformieren, staatliche wie private Investitionen in die Modernisierung Deutschlands und zugleich in die soziale Infrastruktur ermöglichen.

Gute Nachrichten für Adlershof

Grundstein für die größte neue Schule Berlins in Treptow-Köpenick gelegt

Gut ein Jahr nach Beginn der Baufeldsicherung konnte im März 2024 der Grundstein für die neue Gemeinschaftsschule in Adlershof in direkter Nachbarschaft zum Landschaftspark Johannisthal gelegt werden. Auf der Fläche zwischen Eisenhutweg und Hermann-Dorner-Allee entsteht der größte Schulneubau im Bezirk Treptow-Köpenick und derzeit Berlins.

Die Schule wird Platz für etwa 1.350 Schülerinnen und Schüler der Grund- und Oberstufe insbesondere aus den Regionen Johannisthal, Adlershof und Altglienicke bieten und so auf den seit Jahren

gestiegenen Bedarf an Schulplätzen reagieren. Geplant ist eine dreizügige Primarstufe, eine sechszügige Sekundarstufe I und eine vierzügige Sekundarstufe II. Das angewandte Schulkonzept „Compartment-Konzept“ sieht vor, dass sich die Unterrichtsräume rund um dezentrale Foren mit flexibel nutzbaren Bereichen und Räumen gruppieren, die einem Schwerpunkt oder Jahrgängen zugeordnet werden. Die neue Gemeinschaftsschule ist als ganztägiger Aufenthaltsort angedacht, damit Kinder hier gern ihre Freizeit verbringen.

Das Bauprojekt wird von der HOWOGE verantwortet, die schon



Grundsteinlegung für die Gemeinschaftsschule Adlershof am 20. März

Foto: OI

viele Schulneubauten realisiert hat. Wir gehen von einer Fertigstellung im Jahr 2026 mit einem derzeitigen Kostenvolumen von 106 Millionen Euro aus. Erstmals wurde bei der Gebäudekonzeption auch die Expertise und Meinung der zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer eingebunden. Auch die Geschichte und Begebenheiten vor Ort wurden berücksichtigt. Zudem werden ganz im Sinne guter Nachbarschaft zwei Sporthallen mit Außensport- und Freizeitanlagen sowie ein Schulgarten für Sportvereine und Anwohnende zur Verfügung stehen. Das sind gute Aussichten!

Ellen Hausdörfer

FRAGEN UND ANTWORTEN

Elterngeld

WAS IST ELTERNGELD?

Elterngeld ist eine Leistung für Eltern von Säuglingen und Kleinkindern. Es soll den Eltern ermöglichen, Zeit für ihr Kind zu haben, es zu erziehen und zu betreuen.

WELCHE NEUE EINKOMMENSRENZE GILT SEIT DEM 1. APRIL 2024?

Für Geburten ab dem 1. April 2024 gilt eine neue Einkommensgrenze, ab der ein Anspruch auf Elterngeld entfällt. Die Einkommensgrenze sinkt auf 200.000 Euro zu versteuerndes Einkommen für Paare, Eltern und Alleinerziehende im letzten abgeschlossenen Veranlagungszeitraum vor der Geburt.

WAS ÄNDERT SICH BEI DEN ELTERNGELDMONATEN AB DEM 1.4.2024?

Ein gleichzeitiger Bezug von Basiselterngeld ist nur in EINEM der ersten 12 Lebensmonate des Kindes möglich. Das gilt nicht, wenn ein Elternteil Elterngeld Plus oder den Partnerschaftsbonus bezieht. Ausnahmen hiervon: Mehrlings- und Frühgeburten, Kinder mit Behinderung sowie wenn ein Geschwisterkind eine Behinderung hat und für dieses Kind Anspruch auf den Elterngeld-Geschwisterbonus besteht.

AT

Mehr Infos unter www.familienportal.de

NACHBARSCHAFT

Neues Stadtteilzentrum und Kiezbüro

Unser Bezirk Treptow-Köpenick hat ein neues Stadtteilzentrum: Am 1. März 2024 bezog die KungerKiezInitiative e.V. neue Räumlichkeiten im Plänterwald.

Stadtteilzentren sind Orte der Begegnung, wo Menschen zusammenkommen, um Nachbarschaft gemeinsam zu gestalten. Die KungerKiezInitiative ist vielen schon durch ihr Wirken für soziale Teilhabe und ihre generationsübergreifende Arbeit in Alt-Treptow bekannt. Nun ist sie auch im Zentrum von Plänterwald zu finden und das freut uns sehr.

Das neue Stadtteilzentrum finden Sie in der Galileistraße 31, 12435 Berlin.



Bezirksbürgermeister Oliver Igel (l.) und Alexander Freier-Winterwerb (r.) mit Cordula Beyer von der KungerKiezInitiative.

Foto: AF

Eine weitere gute Nachricht ist, dass der Abgeordnete Alexander Freier-Winterwerb – ebenfalls seit dem 1. März 2024 – ein Kiezbüro im Plänterwald bezogen hat.

Sie finden es fortan in der Galileistraße 31, 12435 Berlin. Melden Sie sich gerne vorher per Mail oder Telefon an.

Sie erreichen
Alexander Freier-Winterwerb
per Mail unter Alexander.Freier@spd.parlament-berlin.de
oder telefonisch unter
0176 640 97 994

Sprechen Sie uns an, denn: Gute Politik geht nur miteinander. Wir freuen uns auf Sie! AF

Runder Tisch „Müller-Erben“

Gemeinsam mit Ihnen wollen wir neue Nachbarschaften schaffen

Von Paul Bahlmann
Vorsitzender der SPD-Fraktion
in der BVV Treptow-Köpenick

Das neue „Stadtquartier Segelfliegerdamm“ oder Entwicklungsgelände „Müller-Erben“ auf dem ehemaligen „VEB Kühlautomat“ steht kurz vor dem Startschuss. Neben dem historischen Flugplatz Johannisthal geht damit eine Entwicklungsmaßnahme zu Ende, die der Senat von Berlin seit 1991 verfolgt. Über viele Jahre herrschte hier eher Stillstand und der Zahn der Zeit nagte an den historischen Gebäuden. Nun gibt es seit einigen Monaten viel Bewegung und das Gelände hat sich sichtbar verändert. Die letzten Abrissarbeiten auf dem Gelände sind fast abgeschlossen. Bis 2030/31 soll das Gelände Schritt für Schritt entwickelt werden.

Bei vielen Einwohnern und Einwohnerinnen in Johannisthal gibt es jedoch noch viele Fragezeichen. Darum haben Lars Düsterhöft (Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin) und ich den „Runden Tisch Müller-Erben“ ins Leben gerufen. Wir wollen mit unseren Nachbarinnen und Nachbarn zu der Entwicklung des Areals ins



Erste Sitzung des runden Tisches „Müller Erben“

Foto: Paul Bahlmann

Gespräch kommen. Am 20. März 2024 fand im Kinder-, Jugend- und Kiezzentrum JuJo Johannisthal die erste Sitzung statt.

Der Runde Tisch soll Verwaltung, Bürgerinnen und Bürger und Politik zusammenbringen. Gemeinsam wollen wir im Verlauf des Jahres verschiedenste Themen rund um das neue Stadtquartier aufgreifen, um frühzeitig Anliegen aufzunehmen, Probleme zu erkennen und Lösungen anzustoßen.

Was hier entstehen soll, wissen wir von der Senatsverwaltung für

Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. In der Zukunft wird auf dem Gelände ein fünf- und sechsgeschossiger Mix aus je knapp einem Drittel städtischem (geförderten) Wohnraum, privatem Wohnungsbau und Eigentumswohnungen entstehen. So werden nicht nur 3.500 Menschen ein neues Zuhause finden, es wird auch Raum für die Entwicklung des Gewerbegebietes Adlershof geschaffen. Dazu kommen eine Kita und Räume für Arztpraxen und Sportangebote.

Neben dem Entwicklungsgebiet entsteht zudem eine neue Schule mit drei Zügen. Ergänzt durch die Gemeinschaftsschule am Eisenhüttenweg, die 2026 fertiggestellt werden soll, werden so dringend benötigte Schulplätze für Johannisthal geschaffen. Das Gelände wird mit wenig Durchgangsverkehr und mit viel Grün geplant und mit den Fahrrad- und Gehwegen des Landschaftsparks fließend verbunden.

Natürlich gibt es viele Fragen und Bedenken bei einigen Nachba-

rinnen und Nachbarn. Die Brache beim „VEB Kühlautomat“ wird verschwinden. Es wird in den nächsten Jahren etwas Neues entstehen. Das Neue ist anders, ist unbekannt und ruft Skepsis hervor. Das kann auch kein Runder Tisch ändern. Wichtig ist, dass wir die verschiedenen Perspektiven anerkennen und unterschiedliche Bedürfnisse ausgleichen. Wir wollen dazu einen Beitrag leisten, eine neue Nachbarschaft zu schaffen. Dabei wäre es naiv zu ignorieren, dass es Unterschiede zwischen den Interessen heutiger und zukünftiger Bewohnerinnen und Bewohnern geben wird. Nur letztere sitzen nicht am Runden Tisch. Es sind Familien mit Neugeborenen, die jetzt in zu kleinen Wohnungen leben, weil Wohnraum knapp ist. Das zeigt die Erfahrung aus anderen Neubauprojekten.

Auf der anderen Seite stehen die Bewohnerinnen und Bewohner des Kiezes. Es braucht, wo es geht, einen Interessenausgleich. Die angestammte Bevölkerung muss von der Entwicklung profitieren. Der Bebauungsplan sieht auch dringend benötigten Raum für einen Supermarkt, eine Kindertagesstätte und ein Kiezzentrum vor. Aber auch das Umfeld muss sich weiterentwickeln. Damit der Kiez zusammenwachsen kann, wollen wir als nächstes Fragen der Verkehrsanbindung besprechen. Wir wollen daran mitwirken, weitere Angebote für Johannisthal zu schaffen.

Bezirkliche Kultur in Not

Einrichtungen in freier Trägerschaft im Zeichen unsicherer Haushalte



Irina Vogt, SPD-Fraktionsvorsitzende in der BVV Treptow-Köpenick, ist selbst Kulturschaffende, Filmhistorikerin und Moderatorin.

Foto: Beate Laudzin

Kultur ist ein Lebensmittel. Kultur verbindet Menschen, sie prägt und bildet, eröffnet Perspektiven und ist Impulsgeber für Neues. Kultur ist Daseinsvorsorge.

16 Häuser befinden sich derzeit im Fachvermögen Kultur unseres Bezirkes Treptow-Köpenick. Darunter sind zwei Museen, zwei Gedenkstätten, zwei Galerien, einige von Kulturvereinen geführte Häuser, eine Jugendkunstschule, ein Kunstverleih, eine Lithografie-Werkstatt, ein Bürgerhaus. Nur fünf von all diesen Einrichtungen bieten ein monatliches genreübergreifendes Veranstaltungsprogramm mit Konzerten, Lesungen, Theater, Ausstellungen und Filmvorführungen an. Ein umfangreiches Kursangebot von Sport bis Handwerk ergänzt das Programm.

Vier von diesen Kulturveranstaltern haben nun Probleme mit der Weiterführung ihrer Veranstal-

lungstätigkeit. Durch das Ausbleiben von Arbeitsfördermaßnahmen, drängende Generationswechsel oder baubedingte Ortswechsel sind das Ratz-Fatz e.V., der Ortsverein Grünau und der Kulturring Treptow sowie die Kulturküche Bohnsdorf in eine Schieflage geraten. Denn während beispielsweise in unseren Museen und der Galerie Alte Schule fest angestellte Mitarbeiter des Fachbereichs Kultur beschäftigt sind, arbeiten hier Ehrenamtliche und Beschäftigte in Arbeitsfördermaßnahmen. Manche Ehrenamtliche tun dies seit über 20 Jahren – aus Liebe zur darstellenden wie bildenden Kunst.

Deshalb haben wir als SPD-Fraktion in der vorletzten BVV eine Große Anfrage gestellt. Dadurch wollten wir eine größere Öffentlichkeit erreichen und die gesamte BVV für die Problematik sensibilisieren. Wir erwarten vom verantwortlichen Stadtrat (CDU) Hilfe-

stellung und Steuerung im Sinne der kulturellen Ausrichtung der Einrichtungen. Es ging auch darum, die Ansicht zu widerlegen, dass der Bezirk hier reine Ehrenamtsunterstützung betreibe. Fakt ist: Diese Kulturvereine sind 2001 vom Bezirksamt gebeten worden, diese Häuser der Kultur zu übernehmen, in einer Zeit, in der auch andere Bezirke eigene Häuser in freie Trägerschaften überführten – vielerorts nicht ganz so umfassend wie hier. Die genannten Kulturvereine arbeiten also im öffentlichen Auftrag. Der Bezirk gibt die Immobilien, die Mieten, die Betriebskosten und Honorarmittel. Deshalb ist hier der Bezirk wie auch die BVV in der Verantwortung, unterstützend tätig zu werden.

Wir als SPD-Fraktion haben immer das erklärte Ziel verfolgt, die Kultureinrichtungen in freier Trägerschaft zu erhalten und zu stärken, auch um damit Arbeitsmöglichkeiten für Künstlerinnen und Künstler zu schaffen. Vor allem aber ging es uns um die kulturelle Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger, die wir mit der Kultur um die Ecke zu kleinen Preisen sichern wollten. Es wird in Zeiten knapper Haushalte neuer Ideen bedürfen, unsere freien Kultureinrichtungen arbeitsfähig zu halten. Dafür werden wir uns einsetzen!

Irina Vogt

Vorsitzende der SPD-Fraktion
in der BVV Treptow-Köpenick

Zwei Stadtteilzentren

EU-Fördermittel ermöglichen Neueröffnungen

Im Rahmen der neuen EFRE-Förderperiode 2021-2027 erhält unser Bezirk zwei weitere Stadtteilzentren. Das Land Berlin unterstützt mit Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) Vorhaben zum Aufbau und zur Entwicklung von Stadtteilzentren (Nachbarschaftshäusern) in unterversorgten Gebieten nach den Prinzipien der Gemeinwesenarbeit.

Eines der Häuser konnte bereits eröffnet werden und wird mit seinen Angeboten der Nachbarschaft in der Galileistraße in Plänterwald viele Begegnungsmöglichkeiten und darüber hinaus auch Raum für eigene Ideen bieten.

Das zweite Stadtteilzentrum soll nach der Sanierung seine Pforten im Kosmosviertel, also in Altglienicke, wiedereröffnen. Worum geht es? Der Kiezladen „WaMa“ hat sich seit 2018 fest im Kosmosviertel etabliert. Mit der Finanzierung aus dem Förderprogramm gibt es nun die Möglichkeit, die ehemaligen Gewerberäume in der Ortolfstraße 206b und 200 in den kommenden Jahren umzubauen. Ziel ist es, die künftig barrierefreien Räume möglichst attraktiv und so zu gestalten, dass hier mehrere Nachbarschaftsangebote gleichzeitig stattfinden können und ein Verbindungsbau zur Ortolfstraße 200 entsteht. Umgesetzt wird der Umbau durch den Eigentümer des Gebäudes, die Stadt und Land Wohnbauten GmbH.

Das Nachbarschaftshaus wird ein Haus „von Nachbarn für Nachbarn“, für Menschen unterschiedlicher Generationen und Herkunft

sein. Durch das Engagement und die Eigeninitiative der Besucherinnen und Besucher wird das Haus lebendig und die Nachbarschaft gestärkt. Hier werden Sie Anregungen, Kontakte, Beratung und Hilfe finden, sei es beim Singen und Schreiben, beim Upcycling oder Theater spielen, beim Lernen von Persisch oder der Gebärdensprache sowie bei anderen kreativen Projekten – das Nachbarschaftshaus hat vielfältige Angebote. Das Stadtteilzentrum in der Ortolfstraße wird damit ein Ort für Teilhabe und Partizipation sein und ein Zuhause schaffen. Und das ist mehr als die Wohnung, das Elternhaus, die Stadt oder das Land der Herkunft. Hier soll Authentizität gelebt werden können und ein Gefühl von Gemeinschaft und Verbundenheit entstehen.

Zusammenleben!

Solche Orte und Anlässe der Begegnung, die ein Miteinander schaffen, werden in unserer weiterwachsenden Stadt auch in der Zukunft gebraucht. Wir sind der Überzeugung, dass die Stadtteilzentren als Begegnungsräume im Kiez die Stärkung des sozialen Zusammenhalts in der Nachbarschaft fördern, Hilfe zur Selbsthilfe geben und die Bewohnerschaft durch bürgerschaftliches Engagement stärken. Wir freuen uns sehr, dass Treptow-Köpenick in der Ortolfstraße in Altglienicke ein zweites Stadtteilzentrum erhält, und werden mit unserer politischen Arbeit im Bezirk für ein gutes Umfeld der Nachbarschaftsarbeit sorgen.

Peter Groos

Vorsteher der BVV Treptow-Köpenick

Windenergieanlagen – auch in Treptow-Köpenick?

Das ist unser Beitrag zur Energiewende

Von Manuel Tyx

Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Eines der Themen, das uns seit einiger Zeit in der Bezirksverordnetenversammlung beschäftigt, sind große bis zu 230m hohe Windenergieanlagen (kurz WEA).

Anfang Januar gab die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe eine sogenannte Potenzialflächenanalyse heraus, die 31 Standorte, darunter auch in unserem Bezirk, in Müggelheim, Schmöckwitz, Rahnsdorf, Friedrichshagen, Köpenick, Oberschöneweide und Plänterwald untersuchte. Das war zunächst überraschend und sorgte für Schlagzeilen, da das mit den Bezirken nicht abgestimmt worden war. Insbesondere die Auswahl der Standorte sorgte für Verwunderung.

Doch der Hintergrund für dieses Vorgehen war schnell ermittelt: Die Bundesregierung hatte Mitte letzten Jahres nach Rücksprache mit den Bundesländern das „Wind-An-Land-Gesetz“ auf den Weg gebracht. Dieses beinhaltet die Vorgabe, dass jedes Bundesland seinen Beitrag zur Windenergie leisten muss und Berlin bis Ende 2032 0,5% seiner Fläche – also etwa 446 Hektar – für Windenergieanlagen auszuweisen hat.



Flächen für Windkraftanlagen auszuweisen, ist für Stadtstaaten wie Berlin eine besondere Herausforderung.

Foto: Adobe Stock/Aleksandr Brylliaev (KI)

Unsere Fraktion erreichten daraufhin viele Anfragen, insbesondere aus Müggelheim, wo im schon von Fluglärm betroffenen Gebiet 230 Meter hohe Windräder direkt in die Flugroute des BER gebaut werden sollen. Hier lohnt nun der Blick in die Potenzialflächenanalyse. Diese hat nämlich alle möglichen Standorte zunächst in zwei Kategorien, Handlungsbereich A und Handlungsbereich B, unterteilt. Im Handlungsbereich B könnten allerdings nur WEA mit der Maximalhöhe von 150 m entstehen. Generell ausgeschlossen wurde das Gewerbegebiet Bohnsdorf mit einer Höhenbegrenzung von 70 Meter aufgrund der Nähe zum BER.

Die anderen Standorte, also auch Müggelheim, wurden einer Konfliktrisikooanalyse mit einer Skala von 1 bis 6 (sehr geringes Konfliktpotenzial bis sich überlagerndes, sehr hohes Konfliktpotenzial) unterzogen. Das Ergebnis: Lediglich Teilflächen der untersuchten Potenzialflächen kommen in Frage. Das sind, Stand heute, Flächen in der Krummendammer Heide zwischen Friedrichshagen und Münchehofe. Anderen Flächen weisen ein zu hohes Konfliktpotenzial auf.

Als SPD-Fraktion ist es uns wichtig, dass die Bürgerinnen und Bürger in Treptow-Köpenick an den Windenergieanlagen partizipieren und damit Projekte für bspw. Jugendarbeit gefördert werden können. Wir fordern daher mit

einem Antrag in der Bezirksverordnetenversammlung, dass die unmittelbar betroffenen Bezirke finanziell von den Windenergieanlagen profitieren können, denn das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG 2023) sieht in §6 explizit eine finanzielle Beteiligung der Standortgemeinden durch die Anlagenbetreiber vor. Allerdings ist Berlin als Stadtstaat ein Sonderfall, ist selbst Kommune – und zwar die größte in Deutschland. Gleichzeitig ist es wichtig, dass Berlin mit anderen Flächenländern ins Gespräch kommt, denn das Bundesgesetz sieht ausdrücklich vor, dass bis zu 75% der auszuweisenden Flächen von anderen Bundesländern übernommen werden können.

Eine generelle Ablehnung von Windenergieanlagen ist nicht sinnvoll, da die Kommune, in diesem Fall Berlin, damit ihren Handlungsspielraum aufgibt. Denn der Bundesgesetzgeber hat die Länder verpflichtet, Flächenausweisungen vorzunehmen. Andernfalls droht ein vereinfachtes Baurecht der Anlagenbetreiber im Außenbereich, welches Windenergieanlagen in konfliktärteren Regionen ermöglicht. Auch die Planungshoheit geht damit verloren.

Berlin muss also seine Hausaufgaben machen und die Bezirke direkt an dem Prozess beteiligen. Als erster Schritt muss dazu vom Senat bis Ende Mai 2024 die Änderung des Flächennutzungsplans eingeleitet werden.

Aktuelles zum Güterbahnhof Köpenick

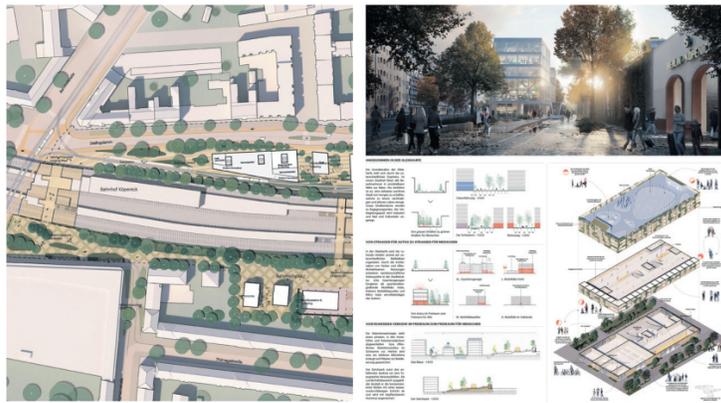
Das Konzept „Köpenicker Gleisharfe“ von „ADEPT & Karres en Brands mit PGT Umwelt und Verkehr“ hat die Jury überzeugt

Insgesamt 1.800 Wohnungen, mehrere Kitas und Schulen sollen laut Senat auf den Flächen des ehemaligen Güterbahnhofs entstehen, darunter eine Grundschule mit 432 Plätzen auf dem Gelände des ehemaligen Gaswerks Köpenick am Stellingdamm mit Baustart noch in diesem Jahr. Hinzu kommen benötigte 215 Kitaplätze, die nördlich und südlich der Bahntrasse entstehen werden.

Während des Werkstattverfahrens musste die Fläche u. a. durch Bedarfsmeldungen der Deutschen Bahn noch etwas verkleinert werden. Da sich das bislang nicht auf

die Planzahlen für den Wohnungsbau ausgewirkt hat, ist es notwendig, die 1.800 Wohneinheiten zu überdenken. Auch mit z.B. 1.500 Wohnungen würde Köpenick seinen Anteil an benötigtem Wohnraum leisten. Gleichzeitig könnten die Höhe der Bebauung verringert und/oder der Grünflächenanteil erhöht werden.

Ein weiteres Thema ist die dringend nötige Ostumfahrung der Bahnhofsstraße. Diese sollte sich nah am Flächennutzungsplan von 1994 orientieren. Belastungen für die denkmalgeschützte Siedlung Elsengrund müssen möglichst klein gehalten werden.



Details zum Ergebnis des städtebaulich-freiräumlichen Werkstattverfahrens, z.B. zum ausgewählten Konzept des Planungsteams ADEPT & Karres en Brands mit PGT Umwelt & Verkehr, sind über den Link am Ende des Artikels zu finden. Abb.: SenStadt

Für das Projekt Güterbahnhof Köpenick wurde ein Gebietsfonds bereitgestellt. 2024 und 2025 stehen jeweils 30.000 € für Projekte und Aktionen zur Verfügung, die dem Interesse des Gemeinwohls und nachbarschaftlicher Beziehungen dienen. Der maximale Förderbetrag beträgt pro Projekt bzw. Aktion 5.000 €. Anträge dazu sind bis zum 13.05.2024 bei der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung einzureichen.

Manuel Tyx

<https://www.berlin.de/sen/stadtentwicklung/neue-stadtquartiere/ehemaliger-gueterbahnhof-koepenick/>

ZUSAMMENLEBEN

Gemeinsam engagiert – gemeinsam stark!

Es gibt Tage, da stehe ich mit dem Kinderwagen vor einem kaputten Fahrstuhl im S-Bahnhof und bin verblüfft, dass niemand seine Hilfe anbietet. Zum Glück gibt es aber auch andere Tage.

Es ist wahr, wir haben Krisenjahre hinter uns und das steckt uns in den Knochen: Corona-Pandemie, Angriffskrieg in der Ukraine, Energiekrise, Überflutungen, Inflation – kurzum, es gab selten einen gefühlten oder tatsächlichen Normalzustand.

In Krisenzeiten schlägt wie zu keiner anderen Zeit die Stunde des Miteinanders. Was unsere Gesellschaft und unsere Demokratie



Josefina Brandt ist Mitglied der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick.

Foto: SPD-Fraktion BVV TK

jetzt brauchen, das ist das Engagement von uns allen. Sei es in der Kirche, in Vereinen, in Gewerkschaften, Parteien oder auch in der Nachbarschaft im eigenen Kiez.

Bei uns in Treptow-Köpenick gibt es in den Stadtteilen alljährlich die Kiezkassen. Da können alle Anwohner*innen gemeinsam demokratisch entscheiden, welches Projekt vor Ort eine finanzielle Förderung erhält. Vielleicht hat die eine oder der andere von Ihnen eine Idee für ein Nachbarschaftsfest und es mangelt nur an der Finanzierung? Oder vielleicht möchten Sie auch über die Ideen anderer mitentscheiden? Dann auf zur nächsten Kiezkasse! Jede Kiezkasse

wird von Kiezpatinnen und Kiezpaten aus der Bezirksverordnetenversammlung betreut.

Doch nicht nur hier, sondern auch bei allen anderen Kiezthemen sind wir als Kommunalpolitik*innen unseres Bezirks immer ansprechbar. Sie wohnen beispielsweise in einer Straße, die gefährlich ist und dringend verkehrsberuhigt werden sollte, dann schreiben Sie mich gerne an. Oder Sie haben ein Anliegen, das Sie einmal direkt mit dem Bezirksbürgermeister besprechen möchten, dann kommen Sie zur Bürger-Sprechstunde ins Rathaus und bringen es dort vor.

Politik sollte immer aus der Mit-

te der Gesellschaft heraus gemacht werden. Das funktioniert aber nur, wenn sich viele aus unterschiedlichen Lebenssituationen heraus engagieren. Mein Wunsch ist es, mit möglichst vielen Menschen für ein besseres Leben in Treptow-Köpenick zu kämpfen, so etwa für funktionierende Fahrstühle an S-Bahnhöfen. Es ist wichtig, dass wir als Gesellschaft im Alltag mehr aufeinander achten. Jedes Engagement macht einen Unterschied, ob das Hochtragen von Kinderwagen oder ein freundliches Dankeschön an die Blumenverkäuferin. Lassen Sie es uns gemeinsam tun!

Josefina Brandt
Bezirksverordnete

Wirtschaftsstandort Adlershof wächst weiter

Die meisten Unternehmen rechnen mit Umsatzsteigerungen

Von Oliver Igel
Bezirksbürgermeister
Treptow-Köpenick

Deutschlands größter Technologie- und Wirtschaftsstandort Wista Adlershof ist 2023 weitergewachsen. Das wurde bei der jährlichen Pressekonferenz durch Standortvertreter und Wirtschaftsministerin Franziska Giffey mitgeteilt.

Mehr als 28.000 Beschäftigte arbeiten auf dem 4,6 Quadratkilometer großen Gelände in 1.330 Unternehmen, hinzu kommen mehr als 6.400 Studierende auf dem Campus Adlershof. 18 wissenschaftliche Einrichtungen sind in Adlershof angesiedelt. Die Umsätze der Firmen und Mittel aus öffentlichen Haushalten sind 2023 erneut gestiegen – um mehr als sieben Prozent auf 3,9 Milliarden Euro. Die Einrichtungen der Humboldt-Universität nutzten Dritt- und Fremdmittel in Höhe von 41 Millionen Euro für ihre Projekte. Dazu zählen auch Mittel aus der Europäischen Union. Beispielsweise unterstützt das Programm Pro FIT technologieorientierte Unternehmen und Forschungseinrichtungen bei der Finanzierung von Inno-



Die berühmten Kugellabore in Adlershof wurden für Forschungen für die Luft- und Raumfahrt errichtet. Heute sind sie umgeben von neuen Firmen.

Foto: OI

ventionsvorhaben. Die Firmen erhielten Geld für die Entwicklung neuer Systeme. Ebenfalls eine europäische Förderung erhält die „Gründungswerkstatt Adlershof IV“. Hier werden Stipendiatinnen und Stipendiaten, die über ein Businesskonzept und einen Prototyp verfügen, gefördert.

In der Medienstadt mit seinen 230 Unternehmen sind die Umsätze leicht angestiegen, die Mitarbeiterzahl jedoch gesunken. Insgesamt blicken die Firmen am Standort Adlershof positiv in das aktuelle Jahr. Fast die Hälfte der

Unternehmen rechnet mit einem Umsatzanstieg, 41 Prozent mit stabilen Umsätzen. Wesentlicher Faktor für eine gute Entwicklung ist die Gewinnung weiterer Fachkräfte. Die Firmen wünschen sich einen weiteren Ausbau digitaler Infrastrukturen, Unterstützung bei der Aus- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiterschaft sowie die Förderung von Wissensaustausch und Innovation.

Wirtschaftsministerin Franziska Giffey sagte zur Jahrespressekonferenz: „Der Südosten Berlins wächst. Treptow-Köpenick ist ei-

ner der am stärksten wachsenden Bezirke, was die Bevölkerung, Unternehmensansiedlungen und Arbeitsplätze angeht. Das zeigt sich exemplarisch am Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof. Er bleibt auf dem Wachstumspfad, seine Anziehungskraft auf Talente und kluge Köpfe und die Nähe zu wissenschaftlichen Einrichtungen sind entscheidende Erfolgsfaktoren für eine wissenschaftsbasierte Industrie. Hier zeigt sich, was es braucht, um Berlin mit Brandenburg als gemeinsame Metropolregion zum Innovationsstandort

Nummer 1 in Europa zu entwickeln. Adlershofer Hochtechnologie und die wissenschaftsbasierte Wirtschaft tragen bereits heute dazu bei, dass die Berliner Wirtschaft so stabil ist und besser als der Bund abschneidet.“

Der Standort Adlershof wächst auch räumlich. Auf dem rund 45 Hektar Fläche umfassenden Areal des früheren Rangierbahnhofs Schöneweide – die „Gleislinie“ – stehen Unternehmen weitere Flächen zur Erweiterung und Neuan siedlung zur Verfügung. Um Arbeitswege zu verkürzen, ist die Zahl der Wohnungen in dem Gebiet ebenfalls angestiegen. Inzwischen gibt es etwa 3.300 Wohneinheiten auf dem Gelände, weitere werden gebaut. Der Bau der Gemeinschaftsschule Adlershof hat begonnen.

Wista-Vertreter machten deutlich, wie wichtig der Erfolgsfaktor Internationalität für das weitere Wachstum ist. Weltoffenheit und Toleranz seien nach Aussagen von Unternehmen und Wista-Geschäftsführung notwendig. Neben der Förderung der Internationalität ist die weitere Verkehrsentwicklung für das Wachstum bedeutsam. Der Bezirk setzt sich daher dafür ein, dass alle Verkehrsarten weiter gefördert werden, darunter der weitere Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs, um Staus auf den Straßen weitgehend vermeiden zu können.

Was hat die EU je für uns getan?

Unendlich viel – unser Bezirk Treptow-Köpenick ist Spitzenreiter bei EU-Fördermitteln

„Was hat die EU je für uns getan?“, ist eine Frage, deren Subtext häufig meint: nichts. Was hat denn nun die EU für uns getan? Für den Bezirk Treptow-Köpenick ist die Antwort eindeutig: Kein anderer Bezirk Berlins profitiert so stark von EU-Fördermitteln. Von den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gingen in den letzten 30 Jahren 25% des Gesamtvolumens aller nach Berlin geflossenen Mittel nach Treptow-Köpenick.

In der aktuell laufenden Phase 2024 werden in Treptow-Köpenick 21 Projekte im Rahmen des GRW gefördert, mehr als in anderen Bezirken. Knapp 16 Prozent der Mittel gehen hierhin, bei einem Volumen von über 200 Millionen Euro.

Fördermittel fallen nicht vom Himmel. Bewilligungen sind das Ergebnis von unermüdlicher Arbeit. Die SPD, allen voran SPD-Bezirksbürgermeister Oliver Igel, setzt sich dafür ein, wichtige Entwicklungsprojekte durch Fördermittel zu stützen. So können wichtige Einrichtungen erhalten, neue geschaffen und ausgebaut werden. Außerdem werden gerade in Treptow-Köpenick notwendige Infrastrukturprojekte wie Brücken und Verkehrsverbindungen gefördert. Mit dem Projekt zum „Neubau der Eisenbrücke über die Spree zur Anbindung angrenzender Gewerbegebiete in Berlin-Treptow-Köpenick, Friedrichshain-Kreuzberg und Lichtenberg an das überregionale Verkehrsnetz“ wird eine der wichtigsten Verkehrsadern des Bezirks gefördert.

Beispiele von aktuell geförderten Projekten zeigen, dass Treptow-Köpenick nicht nur Neues schafft, sondern auch zweite Chancen vergibt. So wie beim Spreepark. Dieser soll nach langem Stillstand und Verfall neues Leben eingehaucht bekommen. Das von Grün Berlin entwickelte Konzept zwischen Ökologie und Kultur wird den Spreepark zum berlinweiten Erlebnisort machen. Kunst und Kultur werden hier mitten im Plänterwald einen Platz bekommen. Durch ein weiteres Förderprojekt soll mit einem Schiffsanlegeplatz der Zugang zum Spreepark erleichtert werden. Ein besonderes Highlight des neuen Spreeparks ist das Eierhäuschen. Ende 2023 ging das historische Ausflugslokal ins „Pre Opening“. Der Restaurantbetrieb läuft langsam an und soll zur Saison 2024 richtig durchstarten. Das über 100 Jahre alte Lokal wurde die letzten 4 Jahre für insgesamt 16 Millionen Euro denkmalgerecht saniert und dabei gleichzeitig barrierearm umgestaltet. Auf über 500 Quadratmetern Biergarten und 175 Quadratmetern Restaurantfläche wird künftig Platz für fast 600 Gäste sein.

Der Bezirk fungiert aber auch als Innovationstreiber und das über Berlin hinaus. Mit der Errichtung eines Gründerzentrums Kreativwirtschaft zeigt der Bezirk, dass er Gründergeist fördert. Darüber hinaus profitiert Treptow-Köpenick stark von europäischen Fördermitteln aus den Töpfen „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung“ (EFRE) sowie „Europäischer Sozialfonds“ (ESF+). Besonders durch die



Von den EU-Fördermitteln, die nach Berlin fließen, profitiert Treptow-Köpenick besonders stark.

Foto: Adobe Stock/bluedesign

Fördermittel aus dem EFRE werden in dem Bezirk Innovationen realisiert. Dabei werden zahlreiche Institutionen wie Hochschulen, Forschungseinrichtungen und technologieorientierte Unternehmen an Standorten wie Adlershof und Oberschöneweide gefördert.

Ein hervorragendes Beispielprojekt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft ist HERA. Im Rahmen des Projektes „Handlungs- und Lernräume für Extended Reality Angebote mit der freien Kulturszene (HERA)“ werden verschiede-

ne Weiterbildungsveranstaltungen auf den Gebieten Extended Reality und Digitale Medienproduktion angeboten sowie ein Austausch auf regelmäßigen Veranstaltungen ermöglicht. EFRE beteiligt sich über eine Periode von 2023 bis 2025 mit rund 450.000 Euro an den Gesamtkosten von 1.200.000 Euro.

Ein besonders wichtiges Anliegen ist der SPD in Treptow-Köpenick die soziale Teilhabe. Alle Bürgerinnen und Bürger sollten gleichermaßen Zugang zu Einrich-

tungen, Kultur und Wissen bekommen. Daher legt die SPD einen besonderen Wert auf das Förderinstrument „Bibliotheken im Stadtteil II“, kurz BIST II. Ziel des Instrumentes ist der Beitrag zur Verbesserung der sozialen Integration und Sicherung von Teilhabechancen, unabhängig von der Bevölkerungsgruppe. Als Beispiel im Bezirk kann die Umgestaltung und Modernisierung der Stadtbibliothek Altglienicke genutzt werden. Hier konnten durch BIST II Fördermittel in Höhe von 140.000 Euro neue IT-Systeme, Räume und andere Technik angeschafft werden.

Ein weiteres Projekt für den sozialen Zusammenhalt in Treptow-Köpenick ist die Förderung durch den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds. In dem dadurch geförderten Projekt „Kieztandem“ ermöglichen Patenschaften den Kontakt zwischen neuer und angestammter Bevölkerung. So können erste Verbindungen geknüpft und Gemeinsamkeiten aufgezeigt werden.

Dass Treptow-Köpenick überproportional viele Fördermittel für Projekte und Einrichtungen erhält, ist Ergebnis einer klaren politischen Grundhaltung und konsequenter Arbeit. Wer sich politisch nur darauf beschränkt, die EU zu verteufeln, gewinnt damit vielleicht am Stammtisch. Für die Bürgerinnen und Bürger von Treptow-Köpenick erreicht man aber nichts.

Paul Bahlmann

Vorsitzender der SPD-Fraktion
in der BVV Treptow-Köpenick

Sauberkeit und Wickelmöglichkeiten

Pilotprojekt soll Erkenntnisse für den Umgang mit Spielplätzen liefern

Von Manuel Tyx

Stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick

Ordnung und Sauberkeit in der Stadt sind für uns als SPD-Fraktion ein wichtiges Thema, für das wir uns immer wieder einbringen. Der Senat von Berlin hat nun mehr Geld für die Sauberkeit und Ordnung auf öffentlichen Plätzen zur Verfügung gestellt und darüber hinaus ein Pilotprojekt für öffentliche Spielplätze auf den Weg gebracht, das zum Ziel hat, die Sauberkeit auf Spielplätzen zu erhöhen.

An diesem Pilotprojekt wollen wir uns beteiligen und haben deshalb am 18. April einen entsprechenden Antrag in die Bezirksverordnetenversammlung eingebracht. Das Projekt stellt für unseren Bezirk Treptow-Köpenick eine Möglichkeit dar, mit gutem Beispiel voranzugehen. Und nicht nur das: Als flächenmäßig größter Bezirk in Berlin verfügt der Bezirk über rund 150 Spielplätze und hat somit ein enormes Potenzial, sich an dem Pilotprogramm zu beteiligen.

Erkenntnisse aus der Teilnahme eines oder mehrerer Spielplätze



Pilotprojekte sollen Wege zu mehr Sauberkeit und mehr Wickelmöglichkeiten auf Spielplätzen aufzeigen.

Foto: Adobe Stock/Westend61

könnten nach Ende des Pilotprogrammes auf den Umgang mit der Gesamtheit der Spielplätze im Bezirk angewendet werden. Zudem bietet eine Teilnahme an dem Pilotprojekt die Möglichkeit, von Beginn an mit der BSR in Kontakt zu treten und den gemeinsamen Dialog zu fördern.

Darüber hinaus verfolgen wir bei der Verbesserung unserer Spielplätze noch ein weiteres Anliegen: Wir wollen mehr Wickelmöglichkeiten auf Spielplätzen. Ob bei den alltäglichen Erledigungen, dem Spaziergang oder auf dem Spiel-

platz – unterwegs zu wickeln, stellt Eltern oft vor eine große Herausforderung. Deshalb haben wir als SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung einen Antrag eingebracht, der das Bezirksamt ersucht, ein Pilotprojekt zur Errichtung von Outdoor-Wickeltischen zu initialisieren.

Eine praktische Lösung wäre beispielsweise das so genannte WickelBoard, das bereits in Freiburg erfolgreich im Einsatz ist. Dabei handelt es sich um Outdoor-Wickeltische, die in Stehhöhe angebracht und mit Sichtschutz

und einer Überdachung versehen sind. Diese bieten Eltern eine einfache, bequeme und sichere Wickelmöglichkeit auf öffentlichen Spielplätzen und könnten im Rahmen einer Sanierung, Erweiterung oder Neugestaltung eines Spielplatzes als zusätzliches Gerät mit aufgestellt werden. Der zuständige Fachausschuss für Straßen, Grünflächen und öffentliche Ordnung hat den Antrag bereits mit großer Mehrheit beschlossen. Nun folgt noch die Entscheidung der BVV.

(Redaktionsschluss war am 7. April 2024)

KINDERRECHTE

„Kindermund tut Wahrheit kund.“ Kinder sagen sehr oft geradeheraus die Wahrheit, sie sind in ihren Aussagen wahrhaftig und äußern sich unverstellt als viele Erwachsene. Dabei stecken die Kinder und Jugendliche mitten in einer Entwicklungsphase, die sie auch verletzlich macht. Sie verfügen über weniger Erfahrungen und sind kaum in der Lage, Erlebnisse so wie wir zu bewältigen.

Doch wie wahren wir die Kinderrechte, wenn die Welt, in der wir leben stets die Perspektive der Erwachsenen einnimmt? Was können wir Erwachsene also im Großen und Kleinen für unsere Kinder, unsere Zukunft tun?

Wir können in unserem alltäglichen Handeln die Kinderrechte leben und für unsere Kinder und Jugendlichen erlebbar machen, indem wir einen respektvollen Umgang auf Augenhöhe mit ihnen pflegen, ihnen zuhören, Schutzräume schaffen und Teilnehmungsformate wie Kinderparlamente oder Jugendforen bieten.

Genauso wichtig ist es, dass wir in politischen Debatten immer wieder auf die viel zu hohe Kinderarmutsquote, unterschiedliche Bildungschancen und das Auseinanderdriften der Gesellschaft in arm und reich aufmerksam machen. Kinderrechte müssen nicht extra verliehen werden, sondern jedes Kind hat sie schon allein deswegen, weil es ein Kind ist. Kinder und Jugendlichen zuzuhören ist nicht nur wichtig, sondern sagt uns viel über uns selbst aus. Hören wir hin:

Raeder, 9 Jahre: „Ich bin glücklich, wenn ich meine andere Familie sehe, die weit weg in anderen Ländern wohnt und wenn etwas Gutes im Leben passiert.“

Merlin, 5 Jahre: „Ich wünsche mir, dass ich nicht mehr hinfalle. Ich wünsche mir darum, dass mich keiner mehr schubst.“

Samira, 11 Jahre: „Mein Wunsch wäre, dass meine Freundin aus der Türkei, die nicht mehr zurück nach Deutschland kommt, wieder bei mir ist.“

Tava, 4 Jahre: „Ich bin glücklich, wenn ich bei Mama, Papa und Ella und Kiki, unserem Hund, bin.“

Grit Rohde
Bezirksverordnete

DIE BMX-HALLE IM MELLOWPARK – WIE GEHT ES WEITER?

Der Mellowpark ist aus Treptow-Köpenick nicht wegzudenken und daher unterstützen wir die beliebte Jugendfreizeiteinrichtung, wo wir können.

Mit dem Doppelhaushalt 2024/25 ist es Alexander Freier-Winterwerb, MdB, gelungen, die Finanzierung der BMX-Halle auf dem Gelände des Mellowparks zu sichern. Insgesamt 5 Mio. Euro wird das Land Berlin zur Halle beisteuern. Nun liegt die Umsetzung des Projekts in der Hand des Bezirks.

Bis März 2024 hat das Bezirksamt Stellungnahmen von Interessengruppen eingeholt. Diese werden im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens jetzt ausgewertet und in den B-Plan eingearbeitet. Hierzu haben wir bereits im März bei der zuständigen Bezirksstadträtin den Zeithorizont erfragt. Das B-Plan-Verfahren hat hohe Priorität im Bezirksamt und soll so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Im Anschluss wird dieser im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Umwelt- und Naturschutz diskutiert und schließlich von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen.

Derzeit gehen wir davon aus, dass wir den B-Plan nach der Sommerpause verabschieden können, sodass kurz danach bereits mit dem Bau begonnen werden kann.

SPD Fraktion

Europa in Treptow-Köpenick

Europäische Bildungs- und Forschungsförderung für unseren Bezirk



Rainer Hölmer ist Mitglied der SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick.

Foto: Privat

Der europäische Gedanke ist nicht bei allen Bürger:innen populär; die gängigen Vorbehalte kennen wir alle: Das EU-Institutionen sind zu weit weg von den Sorgen und Nöten der Menschen, sie greifen zu regulativ in nationale Belange ein, ihre Verordnungen sind viel zu bürokratisch und ähnliches mehr.

Lohnt es überhaupt, sich intensiver mit Europa zu beschäftigen? Macht es Sinn, bei der Wahl zum europäischen Parlament seine Stimme abzugeben? Die Antwort darauf ist: Ja, es lohnt sich auf jeden Fall! In unserem Bezirk ist viel mehr „Europa“, als wir denken, etwa in den Bereichen Forschung

und Bildung. Vieles, was uns heute selbstverständlich erscheint, wäre ohne europäische Unterstützung nicht möglich gewesen.

Von zentraler Bedeutung ist der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE). Die Weiterentwicklung der ehemaligen „Akademie der Wissenschaften“ zu einem erfolgreichen Wissenschafts- und Technologiestandort erfolgte maßgeblich durch eine Förderung aus diesem Fonds. Neben verkehrlichen Infrastrukturprojekten wurde auch der Ausbau des Innovationsparks Wuhlheide oder der Umbau von Teilen des Kabelwerks Oberspree zum Standort der heutigen Hochschule für Technik und

Wirtschaft (HTW) mit vielen Millionen Euro unterstützt. Auch die Errichtung und die Ausstattung der Mittelpunktbibliothek an der Alten Feuerwache wäre ohne diese Fördermittel kaum möglich gewesen.

Dank des Programms Erasmus+ werden zahlreiche junge Menschen auch aus unserem Bezirk weiterhin die Möglichkeit erhalten, mit einem Stipendium in einem anderen europäischen Land Teile ihres Studiums zu absolvieren. Aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) erhält Berlin von 2021-27 143 Mio. Euro, um mit verschiedenen Förderprogrammen zielgerichtete Unterstützungsangebote in den Bereichen Bildung, Fachkräftesicherung und Soziale Inklusion zu schaffen. Diese Mittel kommen zahlreichen Menschen in unserem Bezirk zu Gute. Erfolgreiche Projekte wie z.B. „Stark im Kiez - Zurück in den Beruf“ oder „Kits im Kiez“ wären ohne ESF-Mittel nicht möglich gewesen.

Diese Beispiele einer Förderung aus europäischen Fonds machen deutlich, wie wichtig „Europa“ für unseren Bezirk, für unseren Kiez und damit für uns alle ist. Und was uns alle betrifft, sollten wir auch alle mitgestalten. Eine Möglichkeit dazu bietet die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024. Stimmen wir ab, für ein wirtschafts- und sozialpolitisch starkes Europa, für ein nachhaltiges und solidarisches Europa, kurzum: für ein menschliches Europa!

Rainer Hölmer
Bezirksverordneter

BVV-FRAKTION

Politik heißt für uns vor allem zuhören! Als SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung ist es uns wichtig, dass wir in einem ständigen Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern im Bezirk sind.

Um dies zu erreichen, sind unsere Verordneten täglich im Bezirk unterwegs, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Aber auch unser Fraktionsbüro ist die gesamte Woche über telefonisch, per E-Mail oder über das Kontaktformular auf unserer Website zu erreichen.

Öffnungszeiten: Mo. - Fr. 9-15 Uhr
Tel.: 030/902974446

E-Mail: buero@spd-fraktion-tk.de
https://spd-fraktion-treptow-koepenick.de/kontakt